

Inhaltsverzeichnis

Ohlenschläger, Das Forschungsförderungsrecht der Europäischen Union

Inhaltsverzeichnis

3.2.1.2 Die Ausgestaltung der Forschungsförderung	61
3.2.2 Die gemeinschaftseigene Forschungsförderung	62
3.2.2.1 Die Forschungs- und Ausbildungspogramme der EAG	64
3.3 Die umfassende Forschungsförderung durch die EU	67
3.3.1 Die Agrarforschung im EWGV	68
3.3.2 Die Anfänge einer Forschungsförderung der EU	69
3.3.3 Die Ratsentschließungen aus 1974	72
3.3.4 Das erste Rahmenprogramm (1984–1987)	78
3.3.5 Die Einheitliche Europäische Akte	80
3.3.6 Das zweite (1987–1991) und dritte (1990–1994) Rahmenprogramm	85
3.3.7 Der Vertrag von Maastricht	86
3.3.8 Das vierte (1994–1998) und fünfte (1998–2002) Rahmenprogramm	89
3.3.9 Der Vertrag von Amsterdam	92
3.3.10 Von der Lissabon-Strategie 2000 zum Vertrag von Lissabon	93
4. Die Ziele, Mittel und Grenzen des Forschungsförderungsrechts der EU	97
4.1 Die Rechtsgrundlagen des Forschungsförderungsrechts der EU	97
4.1.1 Der Allgemeine Teil des Forschungsförderungsrecht der EU	98
4.1.2 Der Besondere Teil des Forschungsförderungsrechts der EU	99
4.1.3 Die „betriebswirtschaftliche“ Konzeption der Rechtsgrundlagen	100
4.2 Die Ziele des Forschungsförderungsrechts der EU	101
4.2.1 Die Stärkung der wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen der EU	102
4.2.1.1 Die Beseitigung der Industriedominanz	103
4.2.1.2 Die Schaffung des Europäischen Forschungsraums als Ziel	104
4.2.2 Die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der EU	106
4.2.2.1 Die Beziehung zur Industriepolitik	107
4.2.2.2 Die Förderung umfassender Wettbewerbsfähigkeit	108

4.2.3	Die Unterstützung von Forschungsmaßnahmen aufgrund anderer Politikbereiche	110
4.2.4	Exkurs: Die europäische Raumfahrtpolitik nach Art 189 AEUV	111
4.2.4.1	Die Entwicklung der Raumfahrtkompetenz der EU	112
4.2.4.2	Die primärrechtliche Ausgestaltung der Raumfahrtkompetenz der EU.....	113
4.2.4.2.1	Die Ziele der europäischen Raumfahrtpolitik	113
4.2.4.2.2	Die Instrumente der europäischen Raumfahrtpolitik	114
4.2.4.2.3	Die europäische Raumfahrt- politik in der Kompetenz- ordnung der EU	115
4.3	Die zielführenden Maßnahmen des Forschungsförderungs- rechts der EU	117
4.3.1	Die Unterstützung von F&E von hoher Qualität	117
4.3.1.1	Die Adressaten im Einzelnen	118
4.3.1.2	Europäische Integration durch Forschungs- förderung	120
4.3.1.3	Das Erfordernis der Unterstützung von F&E von „hoher Qualität“	122
4.3.1.4	Der Gegenstand der Förderung	125
4.3.1.4.1	Die Reichweite der Forschungs- förderung	125
4.3.1.4.2	Die Kompetenz der EU zur Förderung der Grundlagen- forschung	126
4.3.1.4.3	Eine Kompetenz der EU zur Förderung militärischer Forschung?	129
4.3.2	Die Förderung der Zusammenarbeits- bestrebungen	131
4.3.2.1	Das Binnenmarktkonzept in der Forschungsförderung	132
4.3.2.1.1	Die Öffnung des einzelstaat- lichen öffentlichen Auftrags- wesens	133
4.3.2.1.2	Die Festlegung gemeinsamer Normen	136

4.3.2.1.3 Die Beseitigung rechtlicher und steuerlicher Hindernisse	140
4.3.3 Die operationellen Maßnahmen im Überblick	140
4.4 Das Forschungsförderungsrecht der EU aus kompetenzrechtlicher Sicht	143
4.4.1 Grundsätzliches zum kompetenzrechtlichen Verhältnis zwischen der EU und den Mitgliedstaaten	143
4.4.1.1 Die Mitgliedstaaten als Träger der EU	143
4.4.1.2 Der Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung	144
4.4.1.3 Das Subsidiaritätsprinzip	146
4.4.1.4 Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ...	148
4.4.1.5 Zur Justizierbarkeit des Subsidiaritätsprinzips und des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit	149
4.4.1.6 Das Loyalitätsgebot	151
4.4.2 Forschungsförderung in der Kompetenzordnung der EU	153
4.4.2.1 Kompetenzrechtliche Einordnung des Forschungsförderungsrechts	153
4.4.2.2 Das Konzentrationsprinzip der Forschungsförderung	155
4.4.2.3 Die Rolle des Subsidiaritätsprinzips in der Forschungsförderung	156
4.4.2.3.1 Die Schwächen des Subsidiaritätsprinzips im Forschungsförderungsrecht	159
4.4.2.4 Die Rolle des Loyalitätsgebots in der Forschungsförderung	161
4.4.3 Das Koordinierungsgebot und dessen Ausgestaltung	163
4.4.3.1 Adressaten und Gegenstand der Koordinierung	163
4.4.3.2 Ziele der Koordinierung	165
4.4.3.3 Die Mittel der Koordinierung: Die Offene Methode der Koordinierung ...	166
4.5 Grundrechtliche Anforderungen an das Forschungsförderungsrecht der EU	169
4.5.1 Die Forschungsfreiheit in der EMRK und den mitgliedstaatlichen Verfassungsüberlieferungen	171
4.5.2 Die Forschungsfreiheit nach Art 13 GRC	172

4.5.2.1	Die Vorbilder der Forschungsfreiheit nach Art 13 GRC	173
4.5.2.2	Der Anwendungsbereich der Forschungsfreiheit nach Art 13 GRC	173
4.5.2.3	Der Wissenschaftsbegriff nach Art 13 GRC	175
4.5.2.4	Die Grundrechtsträger von Art 13 GRC ...	175
4.5.2.5	Von Art 13 GRC geschützte Tätigkeiten ...	176
4.5.2.6	Die Grenzen der Forschungsfreiheit nach Art 13 GRC	176
4.5.2.6.1	Die Grenzen der Forschungsfreiheit im übrigen Unionsrecht	178
4.5.2.6.2	Die Grenzen der Forschungsfreiheit im mitgliedstaatlichen Recht	178
4.5.2.7	Zu den Anforderungen von Art 13 GRC an die Forschungsförderung	180
4.6	Wettbewerbsrechtliche Grenzen des Forschungsförderungsrechts der EU	182
4.6.1	F&E-Zusammenarbeit im Lichte des europäischen Kartellrechts	182
4.6.1.1	Das europäische Kartellverbot	183
4.6.1.2	Zur kartellrechtlichen Beurteilung von F&E-Vereinbarungen	184
4.6.2	F&E-Förderungen im Lichte des europäischen Beihilferechts	188
4.6.2.1	Das europäische Beihilfeverbot	188
4.6.2.2	Zur beihilferechtlichen Beurteilung von F&E-Förderungen	190
5.	Die Rahmenprogramme als Hauptinstrumente der Forschungsförderung der EU	195
5.1	Wesen und Inhalt der Rahmenprogramme	195
5.1.1	Die Elemente der Rahmenprogramme	196
5.1.1.1	Die Zusammenfassung aller Aktionen der EU	196
5.1.1.2	Die Mehrjährigkeit des Rahmenprogramms	197
5.1.1.3	Die Festlegung der Ziele und ihrer Prioritäten	199
5.1.1.4	Die Angabe der Gründzüge der Maßnahmen zur Zielerreichung	201

5.1.1.5 Finanzielle Bestimmungen	202
5.1.2 Die Rechtsnatur der Rahmenprogramme	202
5.1.3 Das Beschlussfassungsverfahren der Rahmen- programme	205
5.1.3.1 Das Zustandekommen der Rahmen- programme	205
5.1.3.2 Die Anpassung bzw Ergänzung der Rahmenprogramme	209
5.1.3.3 Der Einfluss der Wissenschaft bei der Programmgestaltung	210
5.1.4 Die Maßnahmen zur Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums	212
5.2 Die Instrumente der operativen Umsetzung der Rahmen- programme	214
5.2.1 Obligatorische Instrumente der Umsetzung	214
5.2.1.1 Die spezifischen Programme	214
5.2.1.1.1 Die Rechtsnatur der spezifischen Programme	216
5.2.1.1.2 Das Beschlussfassungsverfahren der spezifischen Programme	217
5.2.1.2 Die Beteiligungs- und Verbreitungsregeln	218
5.2.1.2.1 Zweck und wesentlicher Inhalt der Beteiligungsregeln	219
5.2.1.2.2 Zweck und wesentlicher Inhalt der Verbreitungsregeln	221
5.2.2 Fakultative Instrumente der Umsetzung	223
5.2.2.1 Die Zusatzprogramme	223
5.2.2.1.1 Zweck der Zusatzprogramme ...	223
5.2.2.1.2 Wesen und Zustandekommen der Zusatzprogramme	225
5.2.2.2 Die Beteiligung der EU an mitgliedstaat- lichen F&E-Programmen	227
5.2.2.2.1 Die Voraussetzungen der Beteiligung	228
5.2.2.2.2 Die bisherige rechtliche Ausge- staltung der Beteiligung der EU	231
5.2.2.3 Die internationale F&E-Zusammenarbeit	233
5.2.2.3.1 Die Formen der internationalen F&E-Zusammenarbeit	235
5.2.2.3.2 Die Zielgruppen internationaler F&E-Zusammenarbeit	238

5.2.2.3.3	Institutionalisierte Kooperationen abseits der Rahmenprogramme	239
5.2.2.4	Die Gründung gemeinsamer Unternehmen und die Schaffung anderer Strukturen	241
5.2.2.4.1	Begriffserklärung: Gemeinsame Unternehmen und andere Strukturen	243
5.2.2.4.2	Die bisherige rechtliche Ausgestaltung gemeinsamer Unternehmen	245
5.3	Die administrative Durchführung der Rahmenprogramme	249
5.3.1	Die Aufstellung der Arbeitsprogramme	249
5.3.2	Direkte Aktionen	253
5.3.3	Indirekte Aktionen	254
5.3.3.1	Die Beteiligungsmöglichkeiten am Rahmenprogramm	255
5.3.3.2	Aufforderung zur Einreichung von Forschungsvorschlägen	256
5.3.3.3	Die Auswahl der Forschungsvorschläge	257
5.3.3.4	Der Abschluss der Forschungsverträge	259
5.3.3.5	Die Durchführung der Forschungsverträge	260
5.3.3.6	Vorschriften über die Verbreitung und Nutzung der F&E-Ergebnisse	262
5.3.4	Die Entbürokratisierung des Forschungsförderungsrechts der EU	263
6.	Das Konzept des Europäischen Forschungsraums	267
6.1	Die erste inhaltliche Formulierung des Konzepts	267
6.1.1	„Hin zu einem Europäischen Forschungsraum“	267
6.1.1.1	Die Komponenten des Konzepts vom Europäischen Forschungsraum	268
6.1.1.2	Vorgaben zur Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums	269
6.1.2	Im Besonderen: Der freie Verkehr von ForscherInnen	271
6.1.2.1	Die Mobilitätsstrategie für den Europäischen Forschungsraum	272
6.1.2.2	Die Empfehlungen für eine erleichterte Zulassung von ForscherInnen aus Drittstaaten	274

6.1.2.3	Die RL über ein besonderes Zulassungsverfahren für ForscherInnen	276
6.1.2.3.1	Gegenstand und Anwendungsbereich der RL 2005/71/EG	277
6.1.2.3.2	Die Zulassung von Forschungseinrichtungen	278
6.1.2.3.3	Die Zulassung von ForscherInnen	279
6.1.2.3.4	Die Rechte und Pflichten zulassener ForscherInnen	280
6.1.2.3.5	Verfahrensgarantien für das Zulassungsverfahren	281
6.1.2.4	Die Charta der ForscherInnen	282
6.1.2.4.1	Die Grundsätze der Charta der ForscherInnen	283
6.1.2.4.1.1	Für ForscherInnen zu beachtende Grundsätze	283
6.1.2.4.1.2	Für Förderer und ArbeitgeberInnen von ForscherInnen zu beachtende Grundsätze	285
6.1.2.4.2	Der Verhaltenskodex für die Einstellung von ForscherInnen ..	288
6.2	Das sechste und siebente Rahmenprogramm	290
6.2.1	Das sechste Rahmenprogramm (2002–2006)	290
6.2.1.1	Inhalte des sechsten Rahmenprogramms	292
6.2.1.2	Neue Instrumente des sechsten Rahmenprogramms	293
6.2.2	Das siebente Rahmenprogramm (2007–2013)	295
6.2.2.1	Inhalte des siebenten Rahmenprogramms	296
6.2.2.2	Der Europäische Forschungsrat	298
6.2.2.2.1	Ziele und Maßnahmen des Europäischen Forschungsrates ..	299
6.2.2.2.2	Organisation des Europäischen Forschungsrates	299
6.2.2.3	Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut	302
6.2.2.3.1	Ziele und Maßnahmen des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts	303

6.2.2.3.2	Organisation des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts	304
6.3	Das Grünbuch über den Europäischen Forschungsraum ...	306
6.3.1	Die Schlussfolgerungen des Grünbuchs	307
6.3.2	Die erneuerte Vision des Europäischen Forschungsraums	308
6.4	Der „Ljubljana-Prozess“	310
6.4.1	ForscherInnenmobilität und Laufbahnentwicklung	312
6.4.1.1	Offene Einstellungsverfahren	314
6.4.1.2	Soziale Sicherheit für mobile ForscherInnen	314
6.4.1.3	Attraktive Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen	316
6.4.1.4	Verbesserung der Ausbildung europäischer ForscherInnen	316
6.4.2	Europäische Forschungsinfrastrukturen	317
6.4.2.1	Wesen, Aufgaben und Gründung eines ERIC	318
6.4.2.2	Rechtlicher Status, Sitz und Mitgliedschaft eines ERIC	319
6.4.2.3	Inhalt und Änderung der Satzung eines ERIC	320
6.4.2.4	Aufbau und rechtliche Pflichten eines ERIC	320
6.4.2.5	Anwendbares Recht, Gerichtsstand und Auflösung eines ERIC	321
6.4.3	Wissenstransfer und Management von geistigem Eigentum	321
6.4.3.1	Die Grundsätze für eine interne Politik des geistigen Eigentums	322
6.4.3.2	Die Grundsätze für eine Politik des Wissenstransfers	323
6.4.3.3	Die Grundsätze der Verbunds- und Auftragsforschung	323
6.4.4	Gemeinsame Programmplanung	324
6.4.4.1	Hintergründe für eine gemeinsame Programmplanung	325
6.4.4.2	Die Inhalte des Konzepts der gemeinsamen Programmplanung	326
6.4.4.3	Die Umsetzung der gemeinsamen Programmplanung	327

Inhaltsverzeichnis

6.4.5 Internationale F&E-Zusammenarbeit	328
6.5 Die geplante zukünftige Ausgestaltung des Europäischen Forschungsraums	330
6.5.1 Die „Vision 2020“ für den Europäischen Forschungsraum	330
6.5.2 Die Strategie „Europa 2020“	331
7. Hindernisse für die Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums	335
7.1 Schwierigkeiten der Forschungsförderung im euro- päischen Mehrebenensystem	336
7.2 Die Fragmentation der europäischen Forschungs- landschaft	340
7.3 Die Notwendigkeit der Interessenskonvergenz für einen Europäischen Forschungsraum	342
8. Zusammenfassung der Ergebnisse	345
Literaturverzeichnis	369
Rechtsgrundlagen- und Rechtsprechungsverzeichnis	377
Stichwortverzeichnis	391